

Stellungnahme des KV Freiburg von Bündnis 90/Die Grünen

zum Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Landeshochschulgebührengesetzes und anderer Gesetze (Stand 5. September 2005)

Die Landesregierung hat vor mehreren Wochen einen Gesetzesentwurf zur Einführung von allgemeinen Studiengebühren in Baden-Württemberg vorgelegt. Freiburg ist eine stark studentisch geprägte Stadt und Kristallisationspunkt des studentischen Widerstands gegen allgemeine Studiengebühren im Land. Der Kreisverband Freiburg unterstützt diesen Widerstand.

Zusammen mit der Freiburger Studierendenvertretung nehmen wir wie folgt Stellung:

Der Gesetzesentwurf der Landesregierung bedeutet die Einführung von allgemeinen Studiengebühren. Wir lehnen dies aufgrund grundsätzlicher Erwägungen ab. Bildung ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Der Erwerb von Wissen und der Zugang zu Bildung muss gefördert werden und nicht weiter erschwert und behindert.

Der Gesetzesentwurf der Landesregierung verstärkt die ohnehin schon vorhandene soziale Selektion in der Bildungs-Realität in Baden-Württemberg. Er wird dazu führen, dass zukünftig weniger junge Menschen studieren werden: Mit der Aussicht auf einen Schuldenberg von bis zu 15.000 € am Ende eines Studiums werden viele junge Menschen gerade aus den so genannten bildungsferneren Schichten vom Studium abgeschreckt. Darlehen mit einem Zinssatz von 6% sind nicht sozialverträglich. Dies alles steht im krassen Widerspruch zu den Bedürfnissen unserer Gesellschaft, mehr Menschen den Zugang zu universitärer Bildung zu ermöglichen.

Der Gesetzesentwurf der Landesregierung garantiert nicht, dass das eingenommene Geld wirklich in vollem Umfang den Hochschulen zugute kommt: Die Hochschulen müssen alle Verwaltungs- und Kreditausfallkosten tragen. Dieses Geld fehlt für Studium, Forschung und Lehre. Außerdem gibt es keine Sicherheit, dass die staatliche Hochschulfinanzierung zukünftig nicht in dem Maße zurückgefahren wird, wie nun Studiengebühren eingeführt werden.

Die Möglichkeiten für eine Befreiung von den Studiengebühren werden den wirklichen Bedürfnissen von Studierenden und Hochschulen nicht gerecht: Die Mitarbeit in

Hochschulgremien oder praktische Ausbildungsteile bleiben unberücksichtigt. Auch sind sie in das freie Ermessen der Hochschulen gestellt und bieten daher keinen verlässlichen Schutz.

Wir fordern Wissenschaftsminister Frankenberg und die Landesregierung dazu auf, von ihrem falschen Kurs abzdrehen: Die Einführung von Studiengebühren wird den Menschen im Land nicht helfen.